

**Humanistische Alternative Bodensee**  
**/Selbsthilfe, Bürgerbeteiligung und//Bürgerschaftliches Engagement/**  
**Martin-Schleyer-Str. 27**  
**78465 Konstanz**

## **Themenbereich säkularer Humanismus**

*1) In wichtigen öffentlichen Gremien haben unterschiedlichste Interessenvertreter Stimmrecht. So sind beispielsweise im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Repräsentanten der Kirchen und kultureller Dachverbände integriert. Auch in anderen politischen Ausschüssen nehmen sie die Möglichkeit zur Mitsprache wahr. Konfessionslose und Humanisten haben seit langem darauf gepocht, gleichsam das Recht zu erhalten, ihre Forderungen und Ideen auf solcher Ebene einzubringen.*

**Würden Sie ihnen diesen Anspruch zugestehen wollen?**

Als Piratenpartei setzen wir uns für die Abschaffung der traditionellen Bevorzugung der etablierten Religionsgemeinschaften ein. Im Ethikrat, in Rundfunkräten und vergleichbaren Gremien sollen deswegen in Zukunft auch säkulare Gruppen entsprechend ihrer wachsenden Bedeutung stärker vertreten sein.

*2) Die Zahl der konfessionslosen Menschen in der Bundesrepublik steigt kontinuierlich. Gleichermäßen fühlen sich immer weniger Menschen an die Kirche gebunden. Zweifelsohne: Sie leistet durch ihre kulturellen Prägungen, ihre Wertevermittlung und ihren sozialen Einsatz einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Aber auch andere weltanschauliche Gruppierungen übernehmen diese Aufgabe immer häufiger. Zudem werden die Kirchen für ihre Arbeit auch mit einer immensen Summe an staatlichen Leistungen subventioniert und gefördert. Noch immer gelten Verträge aus der Weimarer Reichsverfassung, die den Kirchen beständige Zuwendungen sichern.*

**Wäre es nicht Zeit, diese Zahlungen abzulösen und den entsprechenden Artikel des Grundgesetzes (Art. 140) zu überarbeiten?**

Die Piratenpartei möchte eine tatsächliche weltanschauliche Neutralität des Staates durchsetzen. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.

Dazu muss der Bundestag eine Rechtsgrundlage schaffen, die den Ländern vorgibt, bestehende Zahlungsverpflichtungen (Staatsleistungen an die Kirchen) zu beenden und es verbietet, neue Zahlungsverpflichtungen einzugehen. Das Auflösen der bestehenden Verträge muss dabei auch ohne Zustimmung der Religionsgemeinschaften möglich sein.

Ebenso muss eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, die es den Kommunen ermöglicht, finanzielle Verpflichtungen beispielsweise so genannte Rechnisse oder Kirchenbaulasten einseitig aufzukündigen.

Des Weiteren möchten wir, dass der Staat nicht weiter die Religionszugehörigkeit der Menschen erfassen muss. Deswegen möchten wir die durch staatliche Stellen eingezogene Kirchensteuer abschaffen. Die Religionsgemeinschaften sollen den Einzug ihrer Mitgliedsbeiträge stattdessen selbst regeln. Dazu ist allerdings eine Grundgesetzänderung notwendig.

3) Grundgesetz und auch die Europäische Verfassung weisen einen klaren religiösen Bezug auf. Auch in den einzelnen Landesverfassungen der Bundesländer wird dieser verdeutlicht, sogar die Bildung wird "in Ehrfurcht vor Gott" gestellt. Gleichsam wird in Art. 3 (3) GG auch Menschen ohne religiöses Bekenntnis zugesprochen, sich keiner Diskriminierung ausgesetzt sehen zu müssen. **Gehört der Glauben tatsächlich in unsere Verfassung?**

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, religiöse Bezüge aus dem Grundgesetz, den Landesverfassungen und den Bildungsgesetzen zu streichen.

## **Themenbereich Gesundheit und Soziales**

4) Die neuesten Zahlen der Ärztekammern haben uns deutlich gemacht: Der Gang in den Ruhestand tausender Mediziner in den nächsten Jahren wird vor allem die Versorgung mit Hausärzten im ländlichen Raum treffen. Immer öfter wird versucht, mit einer Zentralisierung in MVZ oder durch ambulante Versorgung an den Krankenhäusern entgegen zu wirken.

**Was ist aus Ihrer Sicht zu tun?**

### Überversorgung abbauen

Der Zugang zu medizinischen Angeboten ist für Patientinnen und Patienten heute stark abhängig von ihrem Wohnort. So sind in Großstädten je Einwohner deutlich mehr Ärzte angesiedelt als in ländlichen Regionen. Deshalb streben die Piraten eine Bedarfsplanung an, in der jede Abweichung vom Durchschnitt der Versorgungsdichte öffentlich zu begründen ist. Zur Schließung von Versorgungslücken werden wir uns dafür einsetzen, dass Kommunen das Recht erhalten, hausärztliche Vertragsarztsitze zu übernehmen und dort Ärzte anzustellen.

Abgesehen von regionalen Besonderheiten und einem Stadt/Land-Gefälle gibt es in Deutschland tendenziell eine Überversorgung mit medizinischen Leistungen, die zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft aufrechterhalten wird, insbesondere von Arztpraxen und Krankenhäusern. Mit dem Ziel einer ausgeglichenen Verteilung ist daher einem Überangebot von Gesundheitsleistungen in einer Region über dem Durchschnitt mit entsprechenden Anreizen entgegenzuwirken. Die PIRATEN werden sich dafür einsetzen, dass jede Abweichung vom Durchschnitt der Versorgungsdichte besonders und öffentlich zu begründen ist. Dort, wo regionale Gebietskörperschaften oder Kommunen bewusst eine überdurchschnittliche Versorgung beibehalten, sind sie für deren Finanzierung aus dem eigenen Haushalt verantwortlich, um die Versicherungsgemeinschaft zu entlasten.

### Unterversorgung vermeiden

Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben ein Anrecht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung. Dazu gehört auch, dass gemeindenah bzw. wohnortnah ausreichend Ärzte aller Fachrichtungen vertreten sind. Die Bedarfsplanungen für Vertragsärzte müssen unter Einbeziehung der regionalen Gegebenheiten eine ausreichende Zahl von Vertragsärzten in sinnvoll gegliederten und homogen strukturierten Versorgungsgebieten vorsehen. In ländlichen Regionen mit Unterversorgung ist auch das Modell mobiler Arztpraxen und die Anstellung von Ärzten durch die Kommune eine sinnvolle Ergänzung.

Wir sehen die Trägervielfalt (öffentliche, freigemeinnützige und private Träger) als Anreiz für einen Wettbewerb um die Versorgungsqualität. Gleichzeitig betrachten wir die Gewährleistung der Gesundheitsvorsorge und Behandlung von Krankheiten als Fürsorgepflicht des Staates. Deshalb befürworten wir Initiativen, die einen Erhalt von Kliniken in öffentlicher Trägerschaft zum Ziel haben.

5) *In meiner Selbsthilfearbeit begegne ich immer wieder Betroffenen, die trotz der Gesundheitsreform und der Verpflichtung, krankenversichert zu sein, diesen Schutz nicht genießen. Bei eventuellen Rücklagen sind sie von Sozialleistungen ausgeschlossen und müssen freiwillige Beiträge in die GKV zahlen, die aufgrund der Mindestbeitragsbemessungsgrenze horrenden Summen verschlingen. Besonders, wenn Betroffene nie voll arbeitsfähig waren und auch in Behindertenwerkstätten nicht richtig aufgehoben waren, bleibt ihnen auch der Zugang zu Pflichtbeiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung -- und somit auch eine Erwerbsminderungsrente -- verwehrt.*

**In wie weit halten Sie es für sinnvoll, chronisch kranken und behinderten Menschen auch außerhalb von geschützten Einrichtungen wie den WfbM den Sozialversicherungsschutz zu erleichtern, falls eine abhängige Beschäftigung gesundheitlich nicht möglich war und ist? Und würden Sie sich für ein höheres Schonvermögen dieser Personengruppe aussprechen, zumal sie einen besonders hohen Schutzbedarf für das Bestreiten des Lebensalltags haben dürften?**

Aus Sicht der PIRATEN hat jeder Mensch ein Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig davon, ob er arbeitsfähig ist oder nicht. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre dies gesichert. Zur sicheren Existenz gehört natürlich auch eine umfassende Gesundheitsversorgung, welche solidarisch finanziert werden soll.

6) *Seit den Reformen im Sozialsystem unter der rot-grünen Bundesregierung hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter verschärft. Dies belegt auch der aktuelle Sozialbericht der derzeit schwarz-gelb geführten Ministerien. Die derzeitigen Sätze für Leistungen nach SGB II, III und XII mussten teilweise immer wieder nach oben korrigiert werden, auch, weil das Bundesverfassungsgericht Mängel in der Berechnung sah. Weiterhin ist heute ein Leben unter dem Existenzminimum möglich. Gerade die Anforderung, auch soziokulturelle Teilhabe zu schaffen ("Information und Bildung für jeden" etc.), konnte in diesem Zusammenhang noch nicht formgerecht umgesetzt werden. Staatliche Leistungen können bis unter die Grundsicherung gekürzt und lediglich durch Sachgutscheine ersetzt werden. Gleichsam beobachten wir aufgrund steigender Mieten und Wohnraumangel gerade in den Städten eine zunehmende Obdachlosigkeit oder Wohnen in unzumutbarem Umfeld.*

**Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht gegen die angesprochenen Missstände vonnöten?**

Es gehört zu den Aufgaben des Staates sicherzustellen, dass auch im freien Markt die Menschenwürde respektiert wird. Wer voll berufstätig ist, darf nicht unter der Armutsgrenze leben und auf staatliche Zusatzleistungen angewiesen sein. Zudem verzerren Dumpinglöhne die Wettbewerbsbedingungen innerhalb und zwischen freien Märkten. Um allen Menschen eine würdige Existenz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, werden wir uns daher für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Mittelfristig wollen wir jedoch mit dem „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ ein umfassenderes System zur allgemeinen, bedingungslosen Existenzsicherung etablieren.

7) *Der Fall "Mollath" hat uns aktuell aufgezeigt, dass im deutschen Justizwesen manche Regelung im Argen liegt. Der Betroffene selbst hat darüber hinaus über unhaltbare Zustände in einigen forensischen Einrichtungen geklagt. Wir wissen, dass in deutschen Justizvollzugsanstalten nicht selten Gewalt und grundrechtswidrige Umstände herrschen, besonders auch im Jugendstrafvollzug. Mittlerweile hat das Bundesverfassungsgericht einem neuen Gesetz zugestimmt, dass die Therapie in der Sicherungsverwahrung in den Vordergrund stellt und somit eine von europäischer Ebene geforderte Abgrenzung von der Haft sichert. Mollath sprach auch von der Stigmatisierung, die er als "psychisch Kranker" erlebt habe. Tatsächlich sind Menschen mit seelischen Leiden weiterhin einer besonderen Ausgrenzung ausgesetzt.*

**Was muss im Strafrecht, aber auch im Strafvollzug getan werden, um andere Fälle "Mollath" aufzuklären, zu unterbinden und generell würdige Zustände in geschlossenen psychiatrischen Einrichtungen oder Gefängnissen zu schaffen? Braucht es mehr Therapie statt "Absitzen"? Und würden Sie es für sinnvoll erachten, einen bundesweiten Aktionsplan zur Aufklärung und Toleranz tatsächlich psychisch kranker Menschen aufzuerlegen?**

#### Angemessene Ausstattung der Gerichte gewährleisten

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gerichte materiell und personell so ausgestattet werden, dass alle anhängigen Verfahren innerhalb der gesetzten Fristen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte abgeschlossen werden können.

#### Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften

Die Staatsanwaltschaften müssen ihre Aufgaben unabhängig von politischer Einflussnahme erfüllen können. Deshalb ist die bislang im Gerichtsverfassungsgesetz vorgesehene Möglichkeit von Weisungen im Einzelfall seitens der Justizminister von Bund und Ländern abzuschaffen. Es soll aber weiter zulässig sein, fallgruppenbezogene Weisungen seitens der Ministerien an die Staatsanwaltschaften zu erteilen.

#### Begründungserfordernis bei ablehnenden Entscheidungen erweitern

In allen Gerichtsverfahren sind Klagen und Anträge nicht allein mit standardisierten Formeln abzulehnen, sondern die Begründung muss nachvollziehbar erkennen lassen, warum das konkrete Vorbringen nicht zulässig und begründet gewesen sein soll.

#### Stärkung der Position des Ermittlungsrichters

Die Position des Ermittlungsrichters ist zu stärken. Insbesondere sind den Richtern vorbehalten Beschlüsse, die einem Antrag der Staatsanwaltschaft oder Polizei stattgeben, sorgfältig und eigenständig zu begründen. Hierbei ist auch ausdrücklich auf die Eingriffe in die Rechte des Beschuldigten und Dritter einzugehen.

Das Ziel der politischen Arbeit der Piratenpartei ist eine größtmögliche Inklusion aller Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen, beziehen wir die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in unser Programm mit ein. Die Gesundheitspolitik hat die Ziele, medizinische und psychosoziale Hilfe zu gewährleisten, eine Behandlung zu garantieren, wo diese nötig ist, und die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein, die die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt stellt.

Die Piratenpartei fordert darüber hinaus den zielgerichteten und zeitnahen Ausbau der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Situation von Menschen mit psychischen Störungen.

#### Gesundheitliche Aufklärung

Die Piratenpartei setzt sich für eine umfassende gesundheitliche Aufklärung als nächsten Schritt einer sozialen Inklusion von Menschen mit psychischen Störungen ein. In den Fokus der Aufklärung sollen vor allem jene Störungsbilder gerückt werden, die häufig von Vorurteilen und Ausgrenzungen betroffen sind und dadurch die Lebensqualität und medizinische Therapie der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Zusätzlich sollen auch die möglichen Behandlungs- und komplementären Hilfsangebote und Einrichtungen in die Aufklärung einbezogen werden, um die Akzeptanz solcher in der Bevölkerung zu stärken und auch die Nutzung der Möglichkeiten, gleich ob stationär, teilstationär oder ambulant, mit weniger persönlichen Bedenken und Vorbehalten zu

ermöglichen. Letztlich steht auch die Aufklärung der Betroffenen selbst im Blickpunkt der Piratenpartei, vor allem über ihre rechtlichen Ansprüche sowie Hilfsangebote.

Die Piratenpartei sieht die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) als geeignete Stelle zur Koordinierung und Organisation der umfassenden Aufklärung. Die Piratenpartei sieht aber auch hier vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Pflicht, aber auch die privaten Sendeanstalten, Print- und Onlinemedien, ihren gesellschaftlichen Beitrag für eine wirksame gesundheitliche Aufklärung zu leisten. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Vermittlung der Botschaft liegen, dass Menschen mit psychischen Störungen ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind.

### **Themenbereich Selbsthilfe, Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation**

*8) Das Selbsthilfewesen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer vierten Säule im Gesundheits- und Sozialwesen etabliert. Im Augenblick erhalten die Selbsthilfegruppen für ihre Unkosten allein durch die Gesetzlichen Krankenkassen pauschale und projektbezogene Förderungen. Private Kassen, die Wirtschaft und Organisationen sind im Gesetz lediglich zu freiwilliger Unterstützung animiert. Leider wird diese fakultative Bestimmung kaum ernst genommen. Da die Zahl der Hilfesuchenden größer, die Förderungen der GKV aber nicht mehr werden, fallen die Anteile finanzieller Förderung für die Selbsthilfegruppen langsam immer kleiner aus. Dabei sind nicht wenige der Betroffenen, die in die Gruppen kommen, mittlerweile von arbeits-, stress- und leistungsbedingten psychosozialen Problemen heimgesucht, die Arbeitgeber stehen in der Verantwortung.*

**Wäre es aus Ihrer Sicht deshalb denkbar und richtig, auch PKV und Unternehmen zur Unterstützung der Selbsthilfe heranzuziehen?**

Wir stehen für eine solidarisch finanzierte Krankenversicherung mit einer gleichzeitigen Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Dadurch sollten die von Ihnen genannten Projekte durchaus finanzierbar sein.

*9) Ohne das Ehrenamt und Bürgerschaftlich Engagierte würde in Deutschland das soziale System zusammenbrechen. Zu dieser Einschätzung kommen nicht nur Forscher und Experten, sondern auch Politiker. Milliarden werden jährlich eingespart, weil Freiwillige sich in die Gesellschaft einbringen und Aufgaben und Dienste in sozialen, kulturellen, künstlerischen, sportlichen und anderen Bereichen übernehmen. Gleichsam scheint vielerorts die Diskussion über die Monetarisierung des Ehrenamts entbrannt. Hilfsdienste zahlen Aufwandsentschädigungen über Mindestlohn-Niveau und zerstören damit auch ein Stück weit den Grundgedanken des ehrenamtlichen Tuns. Und während Vereine stetig mehr Mitglieder verlieren, engagieren sich viele Deutsche immer öfter initiativ und punktuell.*

**Muss der gesetzliche Rahmen für das Ehrenamt in Deutschland verändert werden? Braucht es Entbürokratisierung und Verantwortungsentlastung im Vereinswesen? Und benötigen wir eine neue Anerkennungskultur?**

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird. Sichere Existenz schafft einen Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation. Sie erleichtert und ermöglicht ehrenamtliches Engagement, beispielsweise die Pflege von Angehörigen, die Fürsorge für Kinder, unabhängigen Journalismus, politische Aktivität oder die Schaffung von Kunst und Freier Software. Davon profitiert die ganze Gesellschaft.

Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen.

*10) Spätestens nach "Stuttgart 21" und dem Debakel um den Berliner Großflughafen haben viele Politiker erkannt, dass das Tempo in Sachen Bürgerbeteiligung angezogen werden muss. Maßnahmen zur Stärkung der direkten Demokratie wurden ergriffen, eine eigene Staatsministerien kümmert sich um die Forcierung der Zivilgesellschaft. In Konstanz laufen seit Monaten verschiedene Partizipationsprozesse, mittlerweile wurde bei der Stadtverwaltung die Schaffung einer eigenen Personalstelle für Bürgerengagement und -beteiligung beschlossen. Der Oberbürgermeister lässt überdies prüfen, ob die Einführung von Bezirksräten rechtlich möglich ist. Bürger können Abwägungen eher akzeptieren, wenn sie frühzeitig in die Entscheidungsverfahren einbezogen werden.*

### **Braucht es Gesetzesänderungen, um der Bürgerbeteiligung in Deutschland einen verlässlichen Rahmen zu geben?**

Die Piratenpartei will die direkten und indirekten Mitbestimmungsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen steigern. Die Bürger sollen in Volksabstimmungen direkt über Gesetze entscheiden können und so Verantwortung übernehmen:

- Ein im Parlament beschlossenes Gesetz soll nicht in Kraft treten, wenn die Bürger es in einer Abstimmung ablehnen (fakultatives Referendum).
- Wichtige EU-Reformen und Verfassungsänderungen müssen immer durch die Bürger in einer Abstimmung bestätigt werden (obligatorisches Referendum).
- Die Piratenpartei ist für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene.
- Wir unterstützen die Ergänzung der Europäischen Bürgerinitiative durch unionsweite Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Bereich der EU-Gesetzgebung.
- Alle Verfahrenshürden müssen für die Bürger bei angemessenem Aufwand überwindbar sein.

Es ist längst Zeit, das Versprechen des Artikels 20 des Grundgesetzes auch auf Bundesebene zu erfüllen, wonach die Bürger die Staatsgewalt nicht nur in Wahlen, sondern auch in Abstimmungen ausüben. Die direkte Demokratie kann die Politik erheblich bereichern und die Politikverdrossenheit eindämmen. Grundsätzlich sollen die Bürger das Recht erhalten, neue, eigene Vorlagen in einem dreistufigen Verfahren bis zur Volksabstimmung zu bringen (Recht auf Gesetzesinitiative). Darüber hinaus soll es die Möglichkeit geben, Gesetze, die vom Parlament verabschiedet wurden, noch zu stoppen, bevor sie in Kraft treten (Fakultatives Referendum). Schließlich sollen Volksabstimmungen bei der Abgabe von Hoheitsrechten und bei Grundgesetzänderungen automatisch vorgesehen sein (Obligatorisches Referendum). Diese drei Varianten, zu einer Volksabstimmung zu kommen, werden in der Schweiz seit vielen Jahren mit großem Erfolg angewandt.